

## GOOD BYE, AMERICA?

### OPTIONEN FÜR EUROPA IN EINER GEFÄHRLICHEN WELT

*Eine Einordnung von Stephan Bierling*

Donald Trump hat den Europäern die Zusammenarbeit brutal aufgekündigt, ja, sie zu Feinden erklärt. Die sind völlig unvorbereitet auf eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt, und suchen verzweifelt nach neuen Wegen.



US-Präsident Donald Trump und First Lady Melania Trump in Washington, D.C., 14. Juni 2025. Die US-Armee feiert ihren 250. Geburtstag mit einer Militärparade, die mit dem 79. Geburtstag von Präsident Donald Trump zusammenfällt.

*Foto: Getty Images/Fotograf: Andrew Harnik*

Selten in der Geschichte kann man Anfang oder Ende eines Zeitalters mit einem konkreten Datum versehen. Meist reift eine neue Epoche langsam heran oder verabschiedet sich in einer zähen Phase des Siechtums. Die westliche liberale Ordnung etwa entstand in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre Schritt für Schritt. Sie gründete auf individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel, auf Institutionen wie der UNO, dem IWF, der Weltbank sowie der NATO und umfasste neben Nordamerika vor allem die Staaten Westeuropas. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kamen die meisten anderen Nationen des Kontinents hinzu. Getragen wurde die Ordnung von der militärischen und wirtschaftlichen Macht der USA, die die Sicherheit der Partner gewährleisten und ihre Zusammenarbeit organisierten.

Der Todeszeitpunkt dieser Ära lässt sich, und das ist historisch außergewöhnlich, präzise bestimmen: Es war am späten Vormittag des 28. Februar 2025, als Donald Trump seinen ukrainischen Amtskollegen und bisherigen Verbündeten Wolodymyr Selenskyj nach einem heftigen Streit vor laufender Kamera aus dem Weißen Haus schmiss. Der Rauswurf war Höhepunkt zweier dramatischer Wochen, in denen Washington die transatlantische Partnerschaft meuchelte. Am 12. des Monats hatte Verteidigungsminister Pete Hegseth bei der NATO in Brüssel verkündet, die USA würden sich künftig um die Sicherheit ihrer eigenen Grenzen kümmern und nicht mehr um die Europas. Zwei Tage später erklärte J. D. Vance, Vizepräsident und Kettenhund Trumps, auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Alten Welt den Kulturkrieg. Ihm bereiteten nicht Russland oder China die meisten Sorgen, so Vance in seiner verqueren Sicht der Realität. Vielmehr sei es Europa, von dem die größte Gefahr ausgehe, weil es sich von den gemeinsamen, sprich: Trump'schen, Werten abgewandt habe. Am 16. Februar folgte der nächste Hieb, als die USA direkte Gespräche mit Russland über die Zukunft der Ukraine in Saudi-Arabien begannen unter Ausschluss des angegriffenen Landes und Europas. Kurz darauf wollte Trump, einem Mafia-Boss gleich, Selenskyj per Knebelvertrag die Bodenschätze seines Landes abpressen. Als der sich weigerte, übernahm Trump eins-zu-eins russische Propaganda, denunzierte ihn als Diktator und bezichtigte ihn, den Krieg begonnen zu haben. Und am 24. Februar, dem 3. Jahrestag der russischen Invasion, stimmten die USA mit Russland, Nordkorea, Belarus und einigen afrikanischen Putschisten-Regimen, aber auch mit Israel und Ungarn, in der UN-Generalversammlung

gegen eine Verurteilung von Putins Vernichtungskrieg und stellten sich damit auf die Seite des Aggressors. Der Kreml konnte sein Glück kaum fassen. „Das unverschämte Schwein hat endlich eine ordentliche Ohrfeige im Oval Office bekommen“, feixte Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow triumphierte, der neue US-Präsident „teile weitgehend unsere Sicht“. Seither hat Trump die Waffen- und Geheimdiensthilfe für Kiyv unterbrochen, sich neuen Sanktionen gegen Russland verweigert und den Kreml-Herrscher umgarnt – zuletzt auf dem G7-Gipfel Mitte Juni in Kanada.

Warum tut Trump all dies? Und was bedeutet das für Europa, das sich auf einmal, wie Kevin in der Hollywood-Komödie, allein zu Haus findet? Die Antwort auf die erste Frage wissen wir nicht genau. Es kann sein, und das ist die machtpolitisch wohlwollendste Interpretation, vorgetragen von US-Außenminister Marco Rubio, dass Trump Russland mit einer Charmeoffensive (und der Ukraine als Geschenk) aus den Fängen Chinas herausführen und als Partner gewinnen will. Dieses Argument scheitert jedoch an der simplen Überlegung: Warum sollte Putin den irrlichternden Trump, der nur noch vier Jahre regieren kann, gegen den treuen Unterstützer Xi Jinping, der auf Lebenszeit herrscht, eintauschen?

Wahrscheinlicher ist, dass der amerikanische Präsident sich in der rohen Großmachtpolitik einfach wohl fühlt. Schwächere einschüchtern, sich im Image des Macho-Führers suhlen, willkürlich handeln, anderen seine Lügen aufzwingen, Unterwerfung belohnen, Unbotmäßigkeit bestrafen – das hat Trump ein Leben lang praktiziert: als Immobilienentwickler, TV-Showmaster und Politiker. In seiner Welt sind Regeln, internationale Organisationen, Multilateralismus und Rücksichtnahme nicht vorgesehen, dort regiert das Gesetz des Dschungels. Trumps Kolonialansprüche auf Grönland, Kanada und den Panama-Kanal erinnern an Potentaten im 18. und 19. Jahrhundert. Nicht von ungefähr schwärmt er ständig von seinem Vorgänger William McKinley, einem Erzimperialisten, unter dem die USA 1898 nach einem provozierten Krieg mit Spanien die Philippinen, Guam und Puerto Rico übernahmen.

Dazu passt, dass Trump seit seinem Eintritt in die Politik 2015 Diktatoren hofiert und verbündete demokratische Staats- und Regierungschefs, die sich an Verfassung, Recht und Gewaltenteilung halten, als Schwächlinge verachtet. Putin sieht er als



Blutsbruder, gerade klagte er im Oval Office, wie übel das FBI sie beide verfolgt habe. Selenskyj hingegen verachtet der US-Präsident, seit dieser 2019 trotz aller Drohungen keine Schmutzgeschichten über Joe Bidens Sohn Hunter wegen dessen Ukraine-Geschäften lieferte. Der Erpressungsversuch brachte Trump sein erstes Amtsenthebungsverfahren ein. Getoppt wird alles von seinem Hass auf die EU. Schon 2016 hat Trump den Brexit befeuert und gefeiert, in seiner ersten Amtszeit Brüssel als „Feind“ tituliert. Ende Februar legte er bei seiner Strafzoll-Ankündigung auf europäische Importe nach: „Die Europäische Union wurde gegründet, um die Vereinigten Staaten fertigzumachen, das ist ihr Zweck, und das haben sie gut hingekriegt, aber jetzt bin ich Präsident.“ Nicht nur zuhause, auch international lebt Trump Rachefantasien und Jähzorn aus. Das europäische Establishment hat während seiner ersten Amtszeit auf ihn herabgeschaut, ihn als Polit-Proll geschmäht, seinen animalischen Instinkt für Stimmungen und die Sorgen der kleinen Leute lächerlich gemacht, seinen Wahlsieg 2016 als Ausrutscher betrachtet, sich an seiner Niederlage 2020 geweidet. Vier Jahre lang hat Trump in Mar-a-Lago seine Wunden geleckt, sich in seine selbstverliebte

Opferrolle hineingesteigert und sich immer weiter radikalisiert. Jetzt, nach seinem historischen Comeback, ist *payback time*, die Zeit, in der er es Europa heimzahlt. Die EU zu spalten, sich ihre Mitglieder separat vorzuknöpfen und dort autoritäre Glaubensgenossen an die Macht bringen zu wollen, folgt dieser Logik. Gleichzeitig erklärt Trump, die EU sei gegründet worden, um „die USA auszunehmen“ und überzieht sie mit Strafzöllen.

Für die Europäer ist es letztlich einerlei, warum der US-Präsident die westliche Ordnung zerstört. Trump II ist für sie der GAU, die Kernschmelze im Atomkraftwerk. Er verrät die um ihre Existenz kämpfende Ukraine und setzt die Waffenlieferungen aus, rehabilitiert den Kriegstreiber Russland und relativiert den NATO-Beistand. Dazu braucht Washington gar nicht formal aus der Allianz auszutreten. Jeder, auch Putin, weiß, dass es Trumps erster und tiefster Instinkt wäre, im Falle eines russischen Angriffs auf ein Bündnismitglied zu fragen, was für ihn herausspränge, falls er ihm zu Hilfe eilt. Erstmals seit 1945 muss sich Europa in der Welt zurechtfinden, in der die USA die liberale Ordnung nicht mehr garantieren, schlimmer noch: in der sie sich mit ihren Feinden zusammentun.

Präsident Donald Trump präsentiert seine Tabelle mit gegenseitigen Zöllen während einer Veranstaltung zum *Liberation Day* (Tag der Befreiung) im Rosengarten des Weißen Hauses in Washington, D.C., 2. April 2025.  
Foto: Picture Alliance/Sipa USA

Diese Ordnung hat den Europäern Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht, und die Deutschen profitierten am meisten von ihr. Auf skrupellose Großmachtpolitik sind sie nicht vorbereitet.

Dass Trump so mit den transatlantischen Partnern umspringen kann, hat sich die Alte Welt, insbesondere Deutschland, zu einem Großteil selbst zuzuschreiben. Europa ist seit 1990 an Wirtschaftskraft um ein Drittel hinter die USA zurückgefallen, viele Ökonomien sind verkrustet und wenig innovativ, es gibt immer mehr Alte und immer weniger Junge, zu viel Geld fließt in Sozialausgaben, zu wenig in Investitionen. Zugleich hat sich der Kontinent eingeredet, dass Abrüstung, Völkerrecht und Diplomatie die eigene Sicherheit gewährleisten könnten und im Ernstfall die USA ihn beschützen und befrieden würden – so wie sie es im Kalten Krieg, in den Jugoslawienkriegen oder bei der Unterstützung der Ukraine seit der russischen Großinvasion 2022 getan hatten. Die Folge: Während die Feinde des Westens aufrüsteten, ließen die Europäer mit wenigen Ausnahmen wie Polen oder Finnland ihre Armeen verrotten. Militärisch spielt der Kontinent weit unter Gewicht und ist nicht kriegstüchtig. 2024 erfüllten zwar 23 der 31 NATO-Staaten (ohne die USA) das Zwei-Prozent-Ziel bei der Verteidigung. Aber die Europäer leisten sich zu viele, zu teure und nicht kompatible Waffensysteme, kaufen drei Viertel davon außerhalb der EU, den Großteil in Amerika, und haben kaum eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie. Sie besitzen 20 Typen von Kampfflugzeugen (USA: 11), 29 von Zerstörern und Fregatten (USA: 4) und 17 von Kampfpanzern (USA: 1). Die Zahl ihrer Kampfataillone ist heute nicht höher als 2014, als Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begann. Ohne amerikanische Logistik, Kommunikationssysteme, Luftraumkontrolle, Aufklärung, Raketen, Munition und im Ernstfall eingeflogene Truppen könnten die Europäer eine russische Invasion nicht abwehren. Zugleich dürfte der US-Nuklearschirm bald Geschichte sein.

Wie also reagieren auf eine Welt ohne Amerika als großen Bruder? Es gibt vier Möglichkeiten: wegducken, sich mit Russland zusammentun, China als Partner suchen oder seine eigene Verteidigung organisieren. Die erste und bisher stets praktizierte Antwort wäre, sich zu empören über den Systemsprenger im Weißen Haus, Notfalltreffen abzuhalten, Solidarität und Völkerrecht zu beschwören – und dann nichts zu tun und darauf zu zählen, dass die USA schon helfen werden, solange ihre GIs hier stationiert sind. So hatten es die Europäer bereits

nach den Überfällen Russlands auf Georgien 2008 und die Ukraine 2014 gehalten, Trump I saßen sie aus und hofften auf die Wiederkehr der alten, guten Zeit. Jetzt eilten der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premier Keir Starmer nach Washington und umgarnten Trump mit Schmeicheleien und Gastgeschenken wie der Einladung von König Charles III. in der Hoffnung, den Pomp und monarchisches Zeremoniell liebenden Präsidenten bei der Stange zu halten. Der Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz im Oval Office am 5. Juni galt schon als Erfolg, weil Trump ihn nicht wie andere Gäste zu demütigen versuchte. Vom G7-Gipfel Mitte Juni in Kanada reiste Trump sogar vorzeitig ab und demonstrierte damit ein weiteres Mal seine Geringschätzung der Alliierten und multilateraler Formate. Die Europäer kamen mit leeren Händen heim – nicht unerwartet, weil sie Trump nichts anbieten konnten, was er will, und ihm mit nichts drohten, wovor er Angst hat. Ihm bei Wohlverhalten den Friedensnobelpreis in Aussicht zu stellen, wie das Polens Außenminister Radosław Sikorski auf der Sicherheitskonferenz Mitte Februar mit Galgenhumor tat, offenbart die ganze Schwäche der Alten Welt. Natürlich ist es angesichts der transatlantischen Machtverteilung klug, alles zu versuchen, die fast unverzichtbare Zusammenarbeit mit den USA zu retten. Dabei könnte helfen, dass Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufs Engste verwoben sind, klassische Republikaner an der NATO festhalten und die Demokraten europafreundlich sind. Sicherheitspolitik ergibt freilich nur Sinn, wenn sie vom schlimmsten Fall ausgeht. Die wilde Entschlossenheit Trumps, Deals über und gegen Europa zu schmieden, und ein Wahlsieg von Vance in vier Jahren gehören dazu. Und 100.000 GIs sind schnell abgezogen aus Europa. Wegducken ist deshalb eine Harakiri-Option.

Die zweite Möglichkeit für Europa wäre, selbst den Trump zu geben und sich mit Russland zu arrangieren. Dafür gibt es durchaus Zustimmung. Ungarn und die Slowakei arbeiten bereits daran, Südländer wie Griechenland und Spanien würden sich dem wohl nicht entgegenstellen – zu weit sind Moskaus Truppen von ihnen entfernt. Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Herbert Kickl in Österreich oder Andrej Babiš in Tschechien wären dafür bestimmt auch zu haben, für sie kommt das Heil ja eh aus dem Osten; und bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stimmten mehr als ein Drittel der Deutschen – und 52 Prozent der 18 bis 24-Jährigen – für AfD, BSW und Linke, die dem Kreml nahe stehen oder



US-Präsident Donald Trump und der deutsche Kanzler Friedrich Merz begegnen sich zum ersten Mal persönlich, Washington, D.C., 5. Juni 2025.  
*Foto: Picture Alliance/AP/  
Fotograf: Evan Vucci*

zu Vulgärpazifismus neigen. Selbst die SPD rehabilitierte ihren obersten Putin-Buddy Gerhard Schröder im vergangenen Wahlkampf. Dass Berlin bereit ist, Politik über die Köpfe der Ukrainer und ohne Rücksicht auf deren Sicherheitsinteressen zu betreiben, haben drei Kanzler mit Nord Stream 1 und 2 fast zwanzig Jahre lang demonstriert. Mitte April 2025 kam es zum dritten Mal seit der russischen Großinvasion zu einem Geheimgespräch einflussreicher Deutscher mit Putin-Vertrauten, diesmal in Aserbaidschan. Besonders pikant: Mit dem Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner (SPD) war ein Mitglied des Geheimdienst-Kontrollgremiums dabei. Als Geheimnisträger ist er für den Kreml von besonderem Interesse. Im Juni forderten Stegner und Dutzende prominente frühere SPD-Politiker in einem öffentlichen Manifest sogar ein Ende der Instandsetzung der Bundeswehr und eine Wiedernäherung an Russland. Die Großindustrie dürfte einen Pro-Moskau-Kurs begrüßen: Schon 2014 verharmloste Siemens-Chef Joe Kaeser den Völkerrechtsbruch des gewaltsamen Krim-Anschlusses nach einem Gespräch bei Putin mit dem Hinweis, man lasse sich angesichts 160-jähriger Geschäftsbeziehungen zu Russland „nicht übermäßig von kurzfristigen Turbulenzen“ leiten.

Doch ein Arrangement mit dem Kreml bedeutete die Selbstzerstörung Europas. Polen, Balten, Skandinavier und Briten würden nie dabei mitmachen, eine Hinnahme des russischen Vernichtungskriegs die moralische Basis des Kontinents vollends zerstören. Zugleich wären Stabilität und Sicherheit

Europas akut gefährdet. Millionen Ukrainer dürften im Falle eines Diktatfriedens nach Polen, Deutschland und Frankreich fliehen, was dort, wie von Putin und Trump erhofft, Rechtspopulisten an die Macht spülen könnte. Und Russland hätte bewiesen, dass der Westen so schwach und dekadent ist, wie es immer behauptet. Es würde sich ermutigt fühlen, Moldawien, Georgien und vielleicht sogar die baltischen Staaten als nächste in sein Imperium einzugliedern. Einen hybriden Krieg gegen den Westen führt Putin ohnehin schon seit Jahren: mit Desinformation, Hackerangriffen, Luftraumverletzungen, Morden, Sabotageakten und Brandanschlägen oder Schattenflotten, die Strom- und Datenkabel in der Ostsee zerstören. Am Ende stünde ein Europa, in dem Moskau das Sagen hat – und die Verwirklichung eines Ziels, das der Kreml seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgt.

Die dritte Option: Wenn nicht Russland, dann China als neuer bester Freund? Das Land hat den Vorteil, am anderen Ende Eurasiens zu liegen, 8000 Kilometer sind es von Brüssel nach Peking. Das ist ein Vorteil bei Allianzen, weil man als kleinerer Partner keinen militärischen Überfall fürchten muss. Zudem ist China wirtschaftlich und technologisch stark und besitzt Sprachrohre in der EU: Griechenland und Ungarn blockieren notorisch Berichte, die die chinesische Menschenrechtslage anprangern, auch die deutsche Exportindustrie handelt gern als fünfte Kolonne Pekings. In Anbetracht von Trumps Zolldrohungen erklärte sogar Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eine langjährige China-Kritikerin, Anfang Februar ihren Willen, die Beziehungen zu Peking zu verbessern. Dort ist man an den Europäern interessiert, schon in Trumps erster Amtszeit bot sich Präsident Xi Jinping ihnen beim Weltwirtschaftsforum in Davos als Garanten von Multilateralismus und Freihandel an. Auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz umgarnte Chinas Außenpolitikchef Wang Yi Europa nach Vance' Rede unverhohlen. Für Peking würde sich ein Traum erfüllen: Die Alte Welt aus der transatlantischen Allianz lösen und in ihr Lager ziehen. Der Preis für Europa wäre indes enorm. Es müsste Xis Expansion in der Südchinesischen See und seine angedrohte Annexion Taiwans akzeptieren, jede Kritik an Menschenrechtsverletzungen einstellen, in der UNO mit Peking stimmen und die Tür für sicherheitspolitisch heikle Investitionen öffnen. Am Ende wäre Europa Absatzmarkt, politisches Anhängsel und Disneyland der Chinesen.

Das lässt nur den vierten, schwierigen Weg, will Europa nicht zum Spielball der Großen werden: Sich



Protestmarsch in Los Angeles gegen die Trump-Militärparade und Razzien der ICE (US-Einwanderungs- und Zollbehörde) im Stadtzentrum. Die Sicherheitskräfte setzen Tränengas und Blitzgranaten ein, 15. Juni 2025.

Foto: Picture Alliance/dpa/  
Fotograf: Zin Chiang

im Zeitraffer für die böse neue Welt rüsten – am besten innerhalb einer reformierten NATO. Die alte Allianz ist totgeweiht. Die USA waren 77 Jahre lang ihr Rückgrat, ohne ihre politische Führung, militärischen Kapazitäten und nukleare Abschreckung ist die NATO nur einen Bruchteil wert. Aber dieser Bruchteil ist immer noch unendlich viel mehr, als was die EU bietet. Sie hat bis auf ein Abkürzungssammelsurium wie GASP, ESVP und PESCO nicht viel hingekriegt, ihrem ersten gerade berufenen Verteidigungskommissar Andrius Kubilius fehlen Geld, Truppen und Waffen. Dazu können Putin-Freunde wie Victor Orbán (Ungarn) oder Robert Fico (Slowakei) Beschlüsse mit einem Veto verhindern. Eine völlig neue Organisation inner- oder außerhalb der Union zu schaffen, würde zu viel Zeit und Energie verschlingen. Selbst eine Rumpf-NATO ohne die USA böte ein integriertes Hauptquartier, eingespielte Teams, eigene Aufklärungsflugzeuge und verfügbare Operationspläne bei einem russischen Angriff.

Diese neue Allianz müsste schnellstens den Ausfall der USA in fünf Feldern kompensieren: 1) politische Führung, 2) Luftraumverteidigung, Logistik, Drohnen- und Cyberkriegführung sowie Aufklärung, 3) Soldaten, 4) Unterstützung der Ukraine und 5) nukleare Abschreckung. Dafür bleiben den Europäern maximal fünf Jahre, sagen die Geheimdienste. Putins Kriegsmaschinerie läuft auf Hochtouren, ab 2030

soll sie zu Angriffen auf Länder der NATO-Ostflanke fähig sein. Schon heute produziert die russische Rüstungsindustrie in drei Monaten so viele Kampfpanzer, wie die Bundeswehr insgesamt hat.

Die politische Führung der Allianz wird künftig eine kollektive sein, kein Staat bringt nur annähernd so viel militärisches und politisches Gewicht auf wie die USA. Dabei schält sich überraschenderweise Großbritannien als *primus inter pares* heraus. Brexit, Boris Johnsons Kapriolen und ständige Premierministerwechsel liegen hinter dem Land, und obwohl es ökonomisch schwächelt, hat es mit Keir Starmer einen Regierungschef mit riesiger Parlamentsmehrheit, der sich erst 2029 Wahlen stellen muss. Zudem haben die Briten schon vor Putin gewarnt, als die beiden großen Mächte des Kontinents, Frankreich und Deutschland, noch auf Schmusekurs mit ihm waren. Dies sichert London die Gefolgschaft der Skandinavier, Balten, Polen und Tschechen. Der französische Präsident Macron hingegen ist nach der verbockten Auflösung der Nationalversammlung 2024 angeschlagen und hat gerade noch zwei Jahre im Élysée-Palast ohne Möglichkeit der Wiederwahl. Und die Bundesrepublik gilt seit Jahrzehnten sicherheitspolitisch als Problembär. Mit der Wahl von Friedrich Merz (CDU) zum Kanzler Anfang Mai hat das Land zumindest das erste Mal seit sechs Monaten wieder

eine stabile Regierung. Seither gibt es eine neue Dynamik in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Merz kümmert sich in seinen ersten Amtsmonaten so sehr um internationale Beziehungen, dass ihm Medien den Spitznamen „Außenkanzler“ verpassten.

Erste Aufgabe ist es für Europa, die militärischen Mängel zu beheben. Das funktioniert nur, wenn die Rüstungsindustrie Planungssicherheit erhält und ihre Kapazitäten ausbaut. Gebraucht werden Munition und Raketen für Artillerie und Luftabwehr, KI-gesteuerte Aufklärungs- und Angriffsdrohnen, Artilleriegeschütze, Schützen- und Kampfpanzer, Transportflugzeuge, Satelliten. Ohne die USA müssen die Europäer ihre Verteidigungsausgaben verdoppeln auf 3,5 bis 4 Prozent pro Jahr. Dabei kommt es auf Deutschland an, das einzige finanziell handlungsfähige große Land. Dass der Bundestag im März die Bundeswehr per Verfassungsänderung von der Schuldenbremse ausnimmt, ist zumindest der zweitbeste Weg (ein Sondervermögen wäre ordnungspolitisch sauberer gewesen), die notwendigsten Waffensysteme in den nächsten drei bis fünf Jahren zu beschaffen.

Länger wird es dauern, die US-Truppen zu ersetzen. Im Moment stehen 100.000 GIs in Europa, die NATO-Pläne sehen im Verteidigungsfall das schnelle Einfliegen von weiteren amerikanischen 200.000 Soldaten vor. Eine NATO 3.0 muss also 300.000 Männer und Frauen zusätzlich stellen. Auch hier hat Deutschland als bevölkerungsreichster Staat der neuen Allianz – die Türkei wird wohl nicht zu ihr gehören, zu unzuverlässig ist Staatschef Erdoğan – die größte Bringschuld. Im Moment passt fast die ganze deutsche Armee in zwei große Fußballstadien. Ein schwerer Fehler war es, im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD die 2011 beschlossene Wehrpflicht-Aussetzung nicht rückgängig gemacht zu haben.

Aber es gibt auch positive Perspektiven: Schließlich ist die Ukraine nicht nur ein Problem, sondern auch eine Lösung für die selbstverschuldeten Schwierigkeiten Europas. Sie stellt die meisten und kampferprobtesten Soldaten des Kontinents, sie hat die innovativste und effizienteste Waffenindustrie, sie baut die weltweit größte Zahl von Drohnen, sie ist nicht dem Korsett von europäischem KI-Gesetz, deutschem Datenschutz oder Bundeswehrbeschaffungsamt unterworfen, sie will mit Europa engst zusammenarbeiten – weil davon ihr Überleben abhängt. Und sie hat mit Selenskyj den eindrucksvollsten Staatsmann des Westens seit Generationen. Ein

Gutteil des frischen deutschen und europäischen Gelds für Rüstung und das gesamte eingefrorene russische 200-Milliarden-Euro-Vermögen muss deshalb in die Unterstützung der Ukraine fließen. Dort sind die Rüstungsfabriken nicht ausgelastet, und könnten mit mehr Mitteln ihre Produktion rasch steigern. Zugleich erkaufte die Ukraine dem Rest Europas in heroischer Abwehrschlacht und unter hohem Blutzoll Zeit, um selbst kriegstüchtig zu werden. Fällt das Land unter Putins Kontrolle, kollabiert die Verteidigungsfähigkeit des Kontinents. Eine siegreiche, das heißt freie Ukraine wäre hingegen als Sparta Europas Dreh- und Angelpunkt der NATO 3.0.

Bleibt noch die nukleare Abschreckung der USA, die Europa seit den 1950er Jahren Freiheit und Frieden sichert. Das ist das heikelste und schwierigste Problem. Um den französischen oder britischen Atomschirm aufzuspannen, braucht es mehr als Absichtserklärungen aus Paris oder London. Beide besitzen zusammen gerade einmal 500 Sprengköpfe, Russland hat zehn Mal so viel. Noch dazu verfügt Frankreich nur über Mega-Bomben, was eine atomare Deeskalation im Ernstfall erschwert. Parallel zum Bau weiterer Nuklearwaffen mit kleinerer und mittlerer Zerstörungskraft müssen U-Boote, Langstreckenbomber und Interkontinentalraketen als Trägersysteme beschafft werden. Und es gilt zu klären, wie Deutschland, Polen und vielleicht auch einmal die Ukraine eine nukleare Teilhabe erhalten können. Das alles kostet Zeit und Dutzende von Milliarden Euros, die primär Berlin würde aufzubringen haben. Was die Sache noch unberechenbarer macht: Über allem hängt das Damoklesschwert eines Wahlsiegs Le Pens 2027, die keine Nukleargarantie für Verbündete abgeben will, und eines Vetos der USA gegen eine britische Mitwirkung.

Gute Optionen gibt es also nicht für Europa in der post-transatlantischen Welt, nur schlechte und weniger schlechte. Jetzt holt den Kontinent die brutale machtpolitische Realität ein, deren Kern der griechische Historiker Thukydides vor 2.400 Jahren in „Der Peloponnesische Krieg“ erfasste: „Die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen ertragen, was sie müssen.“ Was bleibt, ist die Hoffnung. Darauf, dass Trump sich umbesinnt, wenn er als Verlierer aus seinem Machtpoker hervorzugehen droht, darauf, dass Putin und Xi im Siegestaumel Fehler begehen, darauf, dass die Europäer und insbesondere die Deutschen endlich in der Wirklichkeit ankommen. 🟢